

**Die US-Beziehungen zur Ukraine  
im Lichte des US-Impeachment-Skandals -  
zugleich eine Entkräftigung der Gründe für das Impeachment.**

Ein kurzer Abriss

---

von Mag. Arthur H. Lambauer

2., ergänzte Fassung vom 22. Jänner 2020

Am 3. April 2014 trat der US *Support for the Sovereignty, Integrity, Democracy, and Economic Stability of Ukraine Act of 2014* ([PLAW 113-95](#); im Folgenden kurz: Ukraine-Act 2014) in Kraft.

Am 18. April 2014 wurde **HUNTER BIDEN**<sup>1</sup>, der Sohn des ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, **JOSEPH BIDEN**<sup>2</sup>, in den Vorstand der BURISMA Holding<sup>3</sup>, einer Ukrainischen, im Energiesektor tätigen Holdinggesellschaft im Eigentum MYKOLA ZLOCHEVSKYS<sup>4</sup>, aufgenommen. Sein Aufgabengebiet war, die *Corporate Governance* auf Vordermann zu bringen.<sup>5</sup>

Sowohl deren Eigentümer als auch die BURISMA selbst waren zu dieser Zeit Gegenstand von Ermittlungen der Ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, und ab 2015 unter der Führung des Generalstaatsanwaltes VIKTOR SHOKIN<sup>6</sup>, wegen des Verdachts der Korruption.

HUNTER BIDEN<sup>7</sup> absolvierte ein Geschichte-Studium sowie einen Abschluss im Recht, welch letzterer womöglich keine exzellenten Kenntnisse der Rechtswissenschaft ihm zu vermitteln vermochte. Jedenfalls war er, als er nach Kiew ging, Mitglied einer New Yorker Anwaltskanzlei mit öffentlichem Klientel-Hintergrund. Auch ein Engagement als Jesuiten-Freiwilliger gehört demnach zu seinem Repertoire.

Am 21. April 2014 reiste JOSEPH BIDEN nach Kiew und drängte die Regierung der Ukraine dazu, ihre Abhängigkeit von Russischem Gas durch eine Entwicklung der eigenen Gasvorkommen zu ersetzen, wofür er auch US-Hilfe anbot.

Verdächtig ist, ob BURISMA nach dem Plan der BIDENS sich in diesem Gas-Geschäft umtun hätte sollen. Verdächtig ist ferner, ob HUNTER BIDENS Aufgabe war, die mutmaßliche Korruption rund um BURISMA zu vertuschen.

Feststeht, dass der Generalanwalt SHOKIN auf Beschluss des Ukrainischen Parlaments hin im März 2016 abberufen wurde; nachdem dies von JOSEPH BIDEN verlangt worden war. Die Begründung dafür war, dass die Ermittlungen gegen Korruption seit einiger Zeit still gestanden seien, was SHOKIN bestreitet.<sup>8</sup> Verdächtig ist also, ob dieser Stillstand, so er stattfand, etwa desgleichen Folge einer fremden Intervention war, die SHOKIN etwa privat kompromittierte, um ihn von solchen Ermittlungen abzehren zu lassen, was ihm sodann in einem zweiten Schritt etwa vorgeworfen wurde: ganz nach schwarz-pädagogischer Manier.

Zu beachten ist auch, dass die Abberufung eines eingearbeiteten Generalanwalts immer eine gewisse Verzögerung also Behinderung von Ermittlungen bedeutet; weshalb, so ein Grund dafür bestanden haben sollte, mit einer Ermahnung und besonderem Schutz desselben wohl besser das Auslangen gefunden werden hätte können und müssen.

Auch wenn die beiden nachfolgend an erster Stelle erörterten US-Gesetze, der Ukraine-Act 2014 sowie der *Ukraine Freedom Support Act of 2014* ([PLAW 113-272](#); im Folgenden kurz: Support-Act 2014) *prima vista* den Anschein erwecken, die Tätigkeit der BIDENS in der Ukraine sei rechtens gewesen, so steht doch der Verdacht im Raum, dass JOSEPH BIDEN es eingefädelt hat, seinem Sohn geldwerten Vorteil über die US-Aktivitäten in der Ukraine zu verschaffen; dies obschon die Qualifikation seines Sohnes überdies fragwürdig war. Außerdem steht im Raum, dass JOSEPH BIDEN dabei seine persönlichen gesetzlichen Zuständigkeiten überschritten hat.

Nun zum **Ukraine-Act 2014**! Dieser bestimmt in seinem Abschnitt 3 gegenüber der Ukraine eigene Politiken, wie folgt:

**SEC. 3. UNITED STATES POLICY TOWARD UKRAINE.**  
*It is the policy of the United States—*

*(I) to condemn the unjustified military intervention of the Russian Federation in the Crimea region of Ukraine and its concurrent occupation of*

<sup>1</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Hunter\\_Biden](https://en.wikipedia.org/wiki/Hunter_Biden)

<sup>2</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Joe\\_Biden](https://en.wikipedia.org/wiki/Joe_Biden)

<sup>3</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Burisma\\_Holdings](https://en.wikipedia.org/wiki/Burisma_Holdings)

<sup>4</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Mykola\\_Zlochevsky](https://en.wikipedia.org/wiki/Mykola_Zlochevsky)

<sup>5</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Trump%E2%80%93Ukraine\\_scandal#Ukraine\\_and\\_the\\_Bidens](https://en.wikipedia.org/wiki/Trump%E2%80%93Ukraine_scandal#Ukraine_and_the_Bidens)

<sup>6</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Viktor\\_Shokin](https://en.wikipedia.org/wiki/Viktor_Shokin)

<sup>7</sup> Siehe FN 5!

<sup>8</sup> Siehe FN 5!

*that region, as well as any other form of political, economic, or military aggression against Ukraine;*

[...]

*(4) to use all appropriate economic elements of United States national power, in coordination with United States allies, to protect the independence, sovereignty, and territorial and economic integrity of Ukraine;*

*(5) to support the people of Ukraine in their desire to forge closer ties with Europe, including signing an Association Agreement with the European Union as a means to address endemic corruption, consolidate democracy, and achieve sustained prosperity;*

[...]

Wenn im Absatz (4) die Rede von Beschützen ist, schließt dies den Schutz der Bewahrung, mithin auch der Herstellung zwanglos mit ein; was sich schon daraus ergibt, weil, wie zu zeigen sein wird, eine völkerrechtliche Interaktion mit der Ukraine sonst gar nicht möglich gewesen wäre. Zu solcher Herstellung und Bewahrung gehört insbesondere der Kampf gegen die Korruption, schon weil eine korrupte Regierung nicht unabhängig ist.

Die im Absatz (5) fett hervorgehobene Maßnahme der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU scheint die einzige zu sein, welche dieser Act gegen die Korruption im Speziellen ausdrücklich vorkehrt; dies abgesehen von der Rückschaffung gestohlener Ressourcen nach Absatz (6) und von der sogleich zu erörternden Bestimmung nach Abschnitt 5 (c).

Absatz (10) sieht die Unterstützung bei der Professionalisierung der Ukrainischen Armee vor; und Absatz (13), u. a. die Sicherheits-Assistenz gegenüber Staaten in Ost- und Zentraleuropa zu verbessern und auszudehnen.

Besondere gesetzliche Vorkehrungen betreffs der Bedingungen für solche Militärhilfe sind in diesem Act – abgesehen von einem weiter unten zu behandelnden Anhaltspunkt in dessen Abschnitt 7 – weder ausdrücklich noch insbesondere durch legistische Verweise vorgesehen.

Abschnitt 5 Unterabschnitt (c) desselben Acts lautet:

***SEC. 5. RECOVERY OF ASSETS LINKED TO GOVERNMENTAL CORRUPTION IN UKRAINE.***

*(a) [...]*

*(c) INVESTIGATIVE ASSISTANCE.—The Secretary of State, in coordination with the Attorney General, shall assist the Government of Ukraine, the European Union, and other appropriate countries, on an expedited basis, with formal and informal investigative assistance and training, as appropriate, to support the identification, seizure, and return to the Government of Ukraine of assets linked to acts of corruption.*

Auch hier geht es nur um die Rückführung von staatlichem Vermögen, das von Korruption betroffen ist; nicht jedoch um die Ahndung der Korruption als solcher, was nichts daran ändern kann, dass diese als Bedingung für die Leistung jedweder anderen, insbesondere militärischen Assistenz feststehen muss, worauf der US-amerikanische Gesetzgeber später auch zurückkam; siehe dazu den Support-Act weiter unten!

Umgekehrt lässt sich selbstredend nicht bestreiten, dass jede Ermittlung gegen Korruption auch der Rückschaffung von solchen Assets dienlich ist bzw. war.

Bemerkenswert ist hier noch, dass die Kompetenz für diese Anti-Korruptions-Unterstützung beim Außenminister und dem Justizminister liegt, nicht aber beim Präsidenten, was sich mit der von JOSEPH BIDEN erhobenen Forderung nach der Auswechselung des Generalanwalts spießt.

*(9) to support the efforts of the Government of Ukraine to recover and return to the Ukrainian state funds stolen by former President Yanukovych, his family, and other current and former members of the Ukrainian government and elites;*

*(10) to support the continued professionalization of the Ukrainian military;*

[...]

*(13) to enhance and extend our security cooperation with, security assistance to, and military exercises conducted with, states in Central and Eastern Europe, including North Atlantic Treaty Organization (NATO) member countries, NATO aspirants, and appropriate Eastern Partnership countries;*

Abschnitt 6 des Ukraine-Acts 2014 lautet nun, soweit hier von Relevanz, wie folgt:

**SEC. 6. DEMOCRACY, CIVIL SOCIETY, GOVERNANCE, AND TECHNICAL ASSISTANCE FOR UKRAINE AND OTHER STATES IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE.**

(a) **IN GENERAL.**—The **Secretary of State** shall, subject to the availability of appropriations, directly or through nongovernmental organizations—

(I) improve democratic governance, transparency, accountability, rule of law, and anti-corruption efforts in Ukraine;

[...]

(5) strengthen democratic institutions and political and civil society organizations in Ukraine;

[...]

(8) support the efforts of the Government of Ukraine, civil society, and international organi-

zations to enhance the economic and political empowerment of women in Ukraine and to prevent and address violence against women and girls in Ukraine, and support the inclusion of women in Ukraine in any negotiations to restore Ukraine's security, independence, sovereignty, or territorial or economic integrity.

(b) **AUTHORIZATION OF APPROPRIATIONS.**—There is authorized to be appropriated to the Secretary of State \$50,000,000 for fiscal year 2015 to carry out the activities set forth in subsection (a). Amounts appropriated for the activities set forth in subsection (a) shall be used pursuant to the authorization and requirements contained in this section. Additional amounts may be authorized to be appropriated under other provisions of law.

(c) **STRATEGY REQUIREMENT.**—Not later than 60 days after the date of the enactment of this Act, the President shall submit to the appropriate congressional committees a strategy to carry out the activities set forth in subsection (a).

Auch hier ist nicht der Präsident, sondern der Außenminister kompetente Ansprechperson des Gesetzes! Allerdings kann sich dieser bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Unterabschnitt der Hilfe von nicht-staatlichen Organisationen bedienen, worunter, mangels relevanter Definition im Gesetz, auch eine US-amerikanische Law-Firm bzw. dessen Partner, Mr. GIULIANI fällt, der ohnehin reiche Jahre an Erfahrung im öffentlichen Dienst hat.

Zu demokratischen Institutionen zählt zweifelsfrei auch eine funktionierende Strafverfolgung.

Dass hier Frauen und Mädchen bzw. deren diskriminierte Stellung ausdrücklich genannt sind, lässt in der heutigen Zeit gemahnen, dass dies im direkten Zusammenhang mit den Problemen bei der Bekämpfung der Korruption stehen könnte, wogegen Erfahrungen bei den Jesuiten wahrscheinlich kein geeignetes gewachsenes Kraut darstellen.

Ein Strategiepapier, wie es zu erstellen noch in die Amtspflichten des Präsidenten Obama fiel, konnte ich im Netz nicht finden.

Auszüge aus dem Abschnitt 7 des Ukraine-Act 2014 lauten, wie folgt:

**SEC. 7. ENHANCED SECURITY COOPERATION WITH UKRAINE AND OTHER COUNTRIES IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE.**

(a) **IN GENERAL.**—The **President** shall, subject to the availability of appropriations—

(I)[...]

(2) provide additional security assistance, including defense articles and defense services (as those terms are defined in section 47 of the Arms Export Control Act (22 U.S.C. 2794)) and military training, to countries in Central and Eastern Europe, including Ukraine;

[...]

(b) **AUTHORIZATION OF APPROPRIATIONS.**—There is authorized to be appropriated to the President a total of \$100,000,000 for fiscal years 2015 through 2017 to carry out this section. Amounts appropriated for the activities set forth in subsection (a) shall be used pursuant to the authorization and requirements contained in this section. Additional amounts may be authorized to be appropriated under other provisions of law.

Der Verweis auf [22 USC 2794](#) zielt auf den *Arms Export Control-Act*<sup>9</sup> ab, aus dem wie folgt zu zitieren ist:

**§ 275I. Need for international defense cooperation and military export controls; Presidential waiver; report to Congress; arms sales policy**

*As declared by the Congress in the Arms Control and Disarmament Act [22 U.S.C. 2551 et seq.], an ultimate goal of the United States continues to be a world which is free from the scourge of war and the dangers and burdens of armaments; in which the use of force has been subordinated to the rule of law; and in which international adjustments to a changing world are achieved peacefully. In furtherance of that goal, it remains the policy of the United States to encourage regional arms control and disarmament agreements and to discourage arms races.*

*The Congress recognizes, however, that the United States and other free and independent*

*countries continue to have valid requirements for effective and mutually beneficial defense relationships in order to maintain and foster the environment of international peace and security essential to social, economic, and political progress. Because of the growing cost and complexity of defense equipment, it is increasingly difficult and uneconomic for any country, particularly a developing country, to fill all of its legitimate defense requirements from its own design and production base. The need for international defense cooperation among the United States and those friendly countries to which it is allied by mutual defense treaties is especially important, since the effectiveness of their armed forces to act in concert to deter or defeat aggression is directly related to the operational compatibility of their defense equipment.*

Auch wenn danach nur noch die Rede von freundlichen Staaten als Kooperationspartnern die Rede ist, so erhellt doch schon aus dem ersten fett hervorgehobenen Passus (*free and independent countries*), dass Militärhilfe Freiheit von Korruption bzw. zumindest ernsthafte und wirksame Bekämpfung ihrer voraussetzt.

Der [Support-Act 2014](#), welcher vom 18. Dezember 2014, mithin aus einer Zeit datiert, da die BIDENS längst in der Ukraine Fuß gefasst hatten, sieht nun in dessen Abschnitt 3 vor, was folgt:

**SEC. 3. STATEMENT OF POLICY REGARDING UKRAINE.**

*It is the policy of the United States to further assist the Government of Ukraine in restoring its sovereignty and territorial integrity to deter the Government of the Russian Federation from further destabilizing and invading Ukraine and other independent countries in Central and Eastern Europe, the Caucasus, and Central Asia. That policy shall be carried into effect, among other things, through a*

*comprehensive effort, in coordination with allies and partners of the United States where appropriate, that includes economic sanctions, diplomacy, assistance for the people of Ukraine, and the provision of military capabilities to the Government of Ukraine that will enhance the ability of that Government to defend itself and to restore its sovereignty and territorial integrity in the face of unlawful actions by the Government of the Russian Federation.*

Auch wenn die Destabilisierung der Ukraine hier der Russischen Föderation aufgebürdet wird, geht aus der Erhebung des Kampfes dawider zur Politik doch das Junktum mit den nachfolgend erwähnten Vorkehrungen für die militärische Fähigkeit der Ukrainischen Regierung hervor; wobei zu deren Erlangung auch *Partner der USA* eingesetzt werden sollen.

Abschnitt 6 desselben Support-Act 2014 lautet:

**SEC. 6. INCREASED MILITARY ASSISTANCE FOR THE GOVERNMENT OF UKRAINE.**

*(a) IN GENERAL.—The President is authorized to provide defense articles, defense services, and training to the Government of Ukraine for the purpose of countering offensive*

*weapons and reestablishing the sovereignty and territorial integrity of Ukraine, including anti-tank and anti-armor weapons, crew weapons and ammunition, counter-artillery radars to identify and target artillery batteries, fire control, range finder, and optical and guidance and control equipment, tactical troop-operated surveillance drones, and secure command and*

<sup>9</sup> <https://uscode.house.gov/view.xhtml?path=/prelim@title22/chapter39&edition=prelim>

communications equipment, pursuant to the provisions of the Arms Export Control Act (22 U.S.C. 2751 et seq.), the Foreign Assistance Act

of 1961 (22 U.S.C. 2151 et seq.), and other relevant provisions of law.

Hier wird auf den oben bereits auszugsweise zitierten Arms Export Control Act sowie den Foreign Assistance Act 1961<sup>10</sup> verwiesen. § 2151 des letzteren lautet nun, wie folgt:

**§ 2151. CONGRESSIONAL FINDINGS AND DECLARATION OF POLICY**

**(a) United States development cooperation policy**

The Congress finds that fundamental political, economic, and technological changes have resulted in the interdependence of nations. The Congress declares that the individual liberties, economic prosperity, and security of the people of the United States are best sustained and enhanced in a community of nations which respect individual civil and economic rights and freedoms and which work together to use wisely the world's limited resources in an open and equitable international economic system. Furthermore, the Congress reaffirms the traditional humanitarian ideals of the American people and renews its commitment to assist people in developing countries to **eliminate hunger, poverty, illness, and ignorance.**

Therefore, the Congress declares that a principal objective of the foreign policy of the United States is the encouragement and sustained support of the people of developing countries in their efforts to acquire the knowledge and resources **essential to development and to build the economic, political, and social institutions which will improve the quality of their lives.**

United States development cooperation policy should emphasize five principal goals:

Schon die fett hervorgehobenen Passagen der linken Spalte des Zitats zeigen, auch wenn darin Korruption nicht genannt ist, dass dieselbe als Ursache für diese Menschenrechtsverletzungen Teil des Angriffspunktes der politischen Bemühungen der USA sein muss.

Im Abschnitt 7 des Support-Act 2014 ist, was folgt, zu finden:

**SEC. 7. EXPANDED NONMILITARY ASSISTANCE FOR UKRAINE.**

**(a) [...]**

**(c) ASSISTANCE TO ADDRESS THE ENERGY CRISIS IN UKRAINE.—**

**(1) [...]**

**(2) REDUCTION OF UKRAINE'S RELIANCE ON ENERGY IMPORTS.—**

(1) the alleviation of the worst physical manifestations of poverty among the world's poor majority;

(2) the promotion of conditions enabling developing countries to achieve self-sustaining economic growth with equitable distribution of benefits;

(3) the encouragement of development processes in which individual civil and economic rights are respected and enhanced;

(4) the integration of the developing countries into an open and equitable international economic system; and

(5) the promotion of good governance through combating corruption and improving transparency and accountability.

The Congress declares that pursuit of these goals requires that development concerns be fully reflected in United States foreign policy and that United States development resources be effectively and efficiently utilized.

**(b) Coordination of development-related activities**

Under the policy guidance of the **Secretary of State**, the agency primarily responsible for administering subchapter I of this chapter should have the responsibility for coordinating all United States development related activities.

**(A) PLANS REQUIRED.—**The **Secretary of State, in collaboration with the Secretary of Energy and the Administrator of the United States Agency for International Development, shall work with officials of the Government of Ukraine to develop medium- and long-term plans to increase energy production and efficiency to increase energy security by helping Ukraine reduce its dependence on natural gas imported from the Russian Federation.**

**(B) ELEMENTS.—**The medium- and long-term plans required by subparagraph (A) should include strategies, as appropriate, to—

<sup>10</sup> <https://uscode.house.gov/view.xhtml?path=/prelim@title22/chapter32&edition=prelim>

- (i) *improve corporate governance and unbundling of state-owned oil and gas sector firms;*
- (ii) *increase production from natural gas fields and from other sources, including renewable energy;*
- (iii) *license new oil and gas blocks transparently and competitively;*
- (iv) *modernize oil and gas upstream infrastructure; and*
- (v) *improve energy efficiency.*

Auch hierfür wurde die Zuständigkeit in die Hände des Außenministers gelegt, der mit dem Energieminister zusammenarbeiten sollte. Ob die Entflechtung der staatlichen Energieunternehmungen auch zu Privatisierungen führen sollte, von welchen nach dem möglichen Plan der BIDENS womöglich BURISMA profitieren hätte sollen, könnte somit durchaus Gegenstand von berechtigten strafverfolgungsbehördlichen Ermittlungen sein, zumal die zeitliche Abfolge, in der die Bidens in der Ukraine tätig wurden, bezeichnend für einen Verdacht in diese Richtung ist.

Mit dem *National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2016* ([PLAW 114-92](#)) bzw. mit dessen Abschnitt 1250 wurde sodann die *Ukraine Security Assistance Initiative* normiert; derselbe lautet auszugsweise:

**SEC. 1250. UKRAINE SECURITY ASSISTANCE INITIATIVE.**

(a) **AUTHORITY TO PROVIDE ASSISTANCE.**—*Of the amounts authorized to be appropriated for fiscal year 2016 by title XV and available for overseas contingency operations as specified in the funding tables in division D, \$300,000,000 shall be available to the Secretary of Defense, in coordination with the Secretary of State, to provide appropriate security assistance and intelligence support, including training, equipment, and logistics support, supplies and services, to military and other security forces of*

*the Government of Ukraine for the purposes as follows:*

- (1) *To enhance the capabilities of the military and other security forces of the Government of Ukraine to defend against further aggression.*
- (2) *To assist Ukraine in developing the combat capability to defend its sovereignty and territorial integrity.*
- (3) *To support the Government of Ukraine in defending itself against actions by Russia and Russian-backed separatists that violate the ceasefire agreements of September 4, 2014, and February 11, 2015.*

Die fett hervorgehobene Terminologie schließt deutlich an jene der oben zitierten Abschnitte 3(13) sowie 7(a)(2) des Ukraine-Act 2014 an, sowie desgleichen an jene des oben gleichfalls zitierten Abschnitts 6 des Support-Act 2014.

Die *Ukraine Security Assistance Initiative* wurde seither mehrfach perpetuiert, expandiert und budgetär dotiert.

Vom inzwischen fallen gelassenen Vorwurf der Bestechung (*bribery*) gegen Präsident TRUMP kann nach all dem keine Rede sein. Dasselbe hat betreffs seiner Verhaltenswiesen gegenüber dem Ukrainischen Präsidenten ZELENSKY aber auch betreffs des Vorwurfs des Amtsmisbrauchs (*abuse of power*) zu gelten, welch letzterer ja im Wesentlichen auf denselben Sachverhalt wie die *bribery* gestützt worden ist.

Was aber den Vorwurf der Behinderung des Kongresses (*obstruction of Congress*) angeht, Folgendes:

Die Kompetenz des Repräsentantenhauses (bzw. des Senats), gegen den Präsidenten vorzugehen, ist nach Artikel I(2)(5) der US-Konstitution auf das Impeachment beschränkt, welches wiederum nach Artikel II(4) derselben ausschließlich auf *Treason, Bribery, or other high Crimes and Misdemeanors* gestützt werden kann.

Eine Gesamtschau auf die US-amerikanische Verfassung, mit deren gleichberechtigten drei Staatsgewalten der Legislative, Exekutive und Judikative, lässt im Verein mit den beiden oben zitierten Bestimmungen den Schluss ziehen, dass der Kongress für ein Tätigwerden in Richtung Impeachment eines konkreten Verdachtes bedarf, und nicht einen solchen erst durch Untersuchungen zu generieren hat: Solches stützt seine Kompetenz nicht.

Daraus folgt nun ferner, dass etwa auch die sogenannten *subpoenas* (verbindliche Ladungen unter Strafandrohung) mit einer Darstellung des konkreten Verdachts versehen sein müssen, der dem Adressaten ermöglicht, die Rechtmäßigkeit dieser Ladung (*subpoena*) einzuschätzen.

Weder die auf der Seite der NEW YORK TIMES<sup>11</sup> abrufbaren *Subpoenas* noch die Resolution des Repräsentantenhauses, [H. Res. 660](#), vom 31. Oktober 2019, enthalten nun aber eine solche schlüssige Begründung und Darstellung, sodass aus ihnen das gerate Gegenteil, nämlich Amtsmisbrauch durch das Repräsentantenhaus hervorgeht.

Vor diesem Hintergrund konnte Präsident TRUMP den Kongress auch nicht behindern, indem er vielmehr rechtmäßig seine Untergebenen anwies, diesen *Subpoenas* nicht zu folgen, um die Rechte und Verantwortlichkeiten wie auch die Würde der exekutiven Branche der Vereinigten Staaten, wie sie sich aus der Verfassung ergeben, zu wahren.

Abschließend und zusammenfassend erweist sich, dass an dem gegen Präsident TRUMP angestrengten Verfahren zu dessen Impeachment nichts dran ist; es stützt sich nicht auf einen plausiblen Verdacht, sondern ist offenkundig von persönlichen bzw. parteipolitisch motivierten Animositäten und der Voreingenommenheit der Mehrheit im Repräsentantenhaus getragen.

## 20200122, 1150 (MEZ)

Wenn in Artikel II Abschnitt 4 die Rede von *other high Crimes and Misdemeanors* ist, erhellt, dass sich das *high* sowohl auf die *crimes* als auch auf die *misdemeanors* bezieht.

Weil dem aber so ist, kommt für letztere nicht die juridisch-technische Bedeutung des *minderen Vergehens*<sup>12</sup> infrage, weil diese sich diametral mit dem *high* spießt; sondern einzig die Bedeutung des (*high*) schlechten *Benehmens*, oder *Fehlverhaltens*.

Damit soll gerade jenem Fehlverhalten eines Präsidenten der Weg zum Impeachment geöffnet werden, in welchem zwar kein strafrechtliches Delikt, sehr wohl aber ein sonstiger Fehlritt liegt, welcher – des *high* wegen – **massiv** gegen moralische und soziale Werte nach dem Allgemeinbefinden verstößt.

Auf Machtmisbrauch, wenn er denn vorläge, trifft dies mit Sicherheit zu.

Sollte der Senat die „Anklage“ des House nicht wegen evidenter Unschlüssigkeit abschmettern (weil das inkriminierte Verhalten des Präsidenten TRUMP, wie oben gezeigt, offenkundig vom Gesetz gedeckt ist), wird er sich in *medias res* mit den, sein Verhalten regelnden Gesetzen begieben müssen, wozu dann auch die Verhältnisse in der Ukraine gehören.

## 20200128, 0811 (MEZ)

Wie die NYT, [Trump Tied Ukraine Aid to Inquiries He Sought](#), Bolton Book Says, am vergangenen Sonntag berichtet hat, soll Präsident TRUMP seinem Sicherheitsberater BOLTON im August 2019 gesagt haben, *that he wanted to continue freezing \$391 million in security assistance to Ukraine until officials there helped with investigations into Democrats including the Bidens*.

Es ist kein bisschen ersichtlich, was dieses angebliche Zitat, so es überhaupt zutrifft, am oben Ausgeführten zu ändern vermöchte.

Aus ihm geht nichts anderes, denn die Sorge des US-Präsidenten hervor, einen mutmaßlich der Korruption schuldigen Mitbürger von der Kandidatur zum Präsidentenamt abzuhalten; desgleichen im Übrigen die Sorge um Einhaltung der oben erörterten Gesetze zur Ukraine-Politik der USA.

Warum also um Boltons Notiz jetzt derartiges Aufhebens gemacht wird, ist nicht nachvollziehbar.

*Finis.*

<sup>11</sup> *Testimony and Evidence Collected in the Trump Impeachment Inquiry*, zuletzt [vom 26. November 2019](#).

<sup>12</sup> <https://de.langenscheidt.com/englisch-deutsch/misdemeanor>